

mit der Ärztekammer Berlin, den Kliniken und Hebammen solle zudem sichergestellt werden, daß für jedes neugeborene Kind ein Impfpass und ein Röntgenpass ausgestellt und den Eltern mit einem

Merkblatt ausgehändigt wird. Und schließlich solle in Zusammenarbeit mit der Ärztekammer Berlin, den niedergelassenen Kinderärzten und Kliniken auch sichergestellt werden, daß im Rahmen der

Vorsorgeuntersuchungen und der Einschulungsuntersuchung für jedes untersuchte Kind, das keinen Röntgenpass hat, ein Röntgenpass ausgestellt und gemeinsam mit einem Merkblatt den Eltern überge-

ben wird.

Bezirksverordnetenversammlung Spandau von Berlin, GAL/Höhne, Drucksache 1182/XVIII. [www.berlin.de/ba-spandau/bvv-online/vo040.asp](http://www.berlin.de/ba-spandau/bvv-online/vo040.asp) ●

## Medizinische Strahlenbelastung

# Erhöhtes Risiko für Prostatakrebs nach Röntgenuntersuchungen

Belastungen mit ionisierender Strahlung sind ein Risikofaktor für viele Krebsarten. Englische Wissenschaftler unter der Federführung von Kenneth Muir von der Abteilung für Epidemiology and Public Health der University of Nottingham Medical School, veröffentlichten jetzt im British Journal of Cancer die Ergebnisse ihrer Untersuchung über das Risiko, nach Röntgenuntersuchungen an Prostatakrebs

zu erkranken. Dazu analysierten sie in einer Fallkontrollstudie für 431 neu entdeckte Fälle von Prostatakrebs und 409 altersstandardisierte Kontrollen die Belastungen durch Röntgenuntersuchungen des Magen-Darm-Traktes unter Verwendung von Barium-Kontrastmitteln, Röntgenuntersuchungen der Hüfte und der Beine sowie röntgenologische Darstellungen des Nierenbeckens (intravenöse Pye-

logramme). Dabei ergaben sich für Röntgenuntersuchungen des Darms mit Barium-Einläufen mindestens fünf Jahre vor der Prostatakrebsdiagnose (Odd-Ratio OR=2,06, 95%-Vertrauensbereich CI=1,01-4,20) und für das Röntgen der Hüfte (OR=2,23, 95%-CI=1,42-3,49) signifikant vermehrte, mehr als doppelt so viele Prostatakrebsfälle. Für Patienten aus Familien mit gehäuft auftretenden Krebserkrankungen und Röntgenuntersuchungen der Hüfte zehn oder zwanzig Jahre zuvor, ist das Risiko deutlich noch weiter erhöht: OR=5,01 (95%-CI=1,64-15,31; 10 Jahre nach dem Hüftfröntgen) und OR=14,23 (95%-CI=1,83-110,74; 20 Jahre danach). Un-

sere Ergebnisse zeigen, schreiben die Autoren, daß die diagnostische Strahlenbelastung der Prostata mit einem erhöhten Krebsrisiko verbunden ist. Und daß sich dieser Effekt bei Patienten mit einer auffälligen Familienanamnese verstärkt zeigt, lege den Gedanken nahe, daß genetische Faktoren bei der Höhe des Krebsrisikos eine Rolle spielen.

P. Myles, S. Evans, A. Lophatananon, P. Dimitropoulou, D. Easton, T. Key, R. Pocock, D. Dearnaley, M. Guy, S. Edwards, L. O'Brien, B. Gehr-Swain, A. Hall, R. Wilkinson, R. Eeles, K. Muir: Diagnostic radiation procedures and risk of prostate cancer, Br J Cancer, 2008 June 3; 98(11):1852-6. Epub 2008 May 13, [www.bjcancer.com](http://www.bjcancer.com) ●

## Atompolitik

# Tornado-Piloten üben den Atombomben-Abwurf

**Tornado-Piloten auf dem Fliegerhorst Büchel in der Eifel lernen, wie man Atombomben abwirft. Deren Einsatz ist der Bundeswehr aber nach Ansicht vieler Völkerrechtler verboten. Das sagt auch das Bundesverteidigungsministerium in einer offiziellen Anweisung. Im Ernstfall hätten die Piloten den Schwarzen Peter.**

**Aufruf zur Großdemonstration unter dem Motto „Vor der eigenen Türe kehren“ am 30. August 2008 in Büchel.**

Unsere Vision ist eine atomwaffenfreie Welt für unsere Kinder und Enkelkinder. Doch ein neues atomares Wettrüsten droht, denn noch immer gibt es 26.000 Atomwaffen weltweit, 20 davon lagern im deutschen Fliegerhorst Büchel in der Eifel. Die Kampagne „unsere zukunft – atomwaffenfrei“ – ein Zusammenschluß von 48 Organisationen, Verbänden und Initiativen – fordert von der Bun-

desregierung, bis spätestens 2010 den Abzug dieser 20 US-Atomwaffen aus Deutschland zu veranlassen und den Verzicht auf den nuklearen Schirm der NATO. Die SPD, die FDP, die Grünen und die Linke unterstützten die Forderung nach einem Abzug der Atomwaffen aus Büchel, erklären die Organisatoren der Kampagne, nur die CDU/CSU und Bundeskanzlerin Angela Merkel seien noch dagegen.

Deshalb soll jetzt der öffentliche Druck auf die Bundesregierung mit einer Großdemonstration unter dem Motto „Vor der eigenen Türe kehren“ am 30. August 2008 in Büchel verstärkt werden ([www.atomwaffenfrei.de](http://www.atomwaffenfrei.de)).

## Tornado-Piloten zwischen Befehl und Völkerrecht

Otfried Nassauer, Leiter des Berliner Informationszentrums für Transatlantische Sicherheit (BITS) wies für tagesschau.de vom 17. Juli 2007 darauf hin, daß Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) die Bundeswehripiloten des Jagdbombergeschwaders 33 in Büchel in schwere Gewissensnöte bringt. In einer Neufassung der „Druckschrift Einsatz Nr. 03 Humanitäres Völkerrecht in bewaffneten Konflikten“ – einer Taschenkarte für Soldaten der Bundeswehr vom Juni 2008 – heiße es auf Seite 5 ganz klar: „Insbesondere der Einsatz folgen-

der Kampfmittel ist deutschen Soldaten bzw. Soldatinnen in bewaffneten Konflikten verboten: Antipersonenminen, atomare Waffen, biologische Waffen und chemische Waffen“.

Die Taschenkarte, eine Kurzfassung der Zentralen Dienstvorschrift 15/2, beschreibt die Rechtslage gemäß den von Deutschland ratifizierten völkerrechtlichen Verträgen. Erstmals, so Nassauer, erkläre das Verteidigungsministerium ohne Wenn und Aber, daß Bundeswehrsoldaten keine Nuklearwaffen einsetzen dürfen. Bislang habe es immer einen Vorbehalt gegeben, der eine Hintertür eröffnete: Beachtet werden sollten die völkerrechtlichen Regeln „soweit praktisch möglich“. Dieser Vorbehalt sei nun entfallen.

Unklar ist jedoch, ob das Verteidigungsministerium nun auch seine Grundhaltung revidiert, um zu garantieren, daß das Völkerrecht ohne Einschränkung eingehalten wird.